

Mehr Krisen, weniger Geld

Katharina Hopp

Geboren 1991 in Oldenburg (Oldb), Referentin Entwicklungspolitik, Hauptabteilung Analyse und Beratung, Konrad-Adenauer-Stiftung.

Zeit für eine wirkungsorientiertere Entwicklungspolitik

Die Zahl bewaffneter Konflikte mit staatlicher Beteiligung liegt auf einem historischen Höchststand. Im letzten Jahr wurden weltweit 65 Konflikte in 35 Staaten registriert – mehr als jemals zuvor seit Ende des Zweiten Weltkrieges.¹ Zugleich gelingt es immer seltener, Kriege dauerhaft zu beenden.

Die Folge sind mehr verfestigte Konflikte, zunehmende Fragilität und eine hohe Zahl von Menschen auf der Flucht. Ende 2025 waren nach Angaben des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (*United Nations High Commissioner for Refugees*, UNHCR) weltweit 117,8 Millionen Menschen aufgrund von Kriegen, Konflikten, Verfolgung und Menschenrechtsverletzungen – das entspricht etwa einem von 70 Menschen weltweit – Vertriebene.²

1 Peace Research Institute Oslo (PRIO): Conflict trends: A global overview, 1946-2025, PRIO Paper 2026.

2 UNO-Flüchtlingshilfe: Zahlen & Fakten zu Menschen auf der Flucht.

3 ODA-Entwicklungsleistungen (engl.: Official Development Assistance) sind staatliche Mittel, die von Geberländern bereitgestellt werden, um die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Entwicklungs- und Schwellenländern zu fördern.

4 Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ): Öffentliche Entwicklungsleistungen (ODA) der Bundesrepublik Deutschland, Stand 30.10.2025.

5 OECD-DAC-Geber sind die Mitgliedstaaten des Development Assistance Committee (DAC) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die offizielle Entwicklungshilfe leisten. Wichtige Geberländer sind unter anderem Deutschland, die USA und das Vereinigte Königreich [Anm. d. Redaktion].

6 Julia Leininger / Charles Martin-Shieldse: Wen schert die Entwicklungspolitik? Die Wähler*innen!, German Institute of Development and Sustainability (IDOS), 18.02.2025.

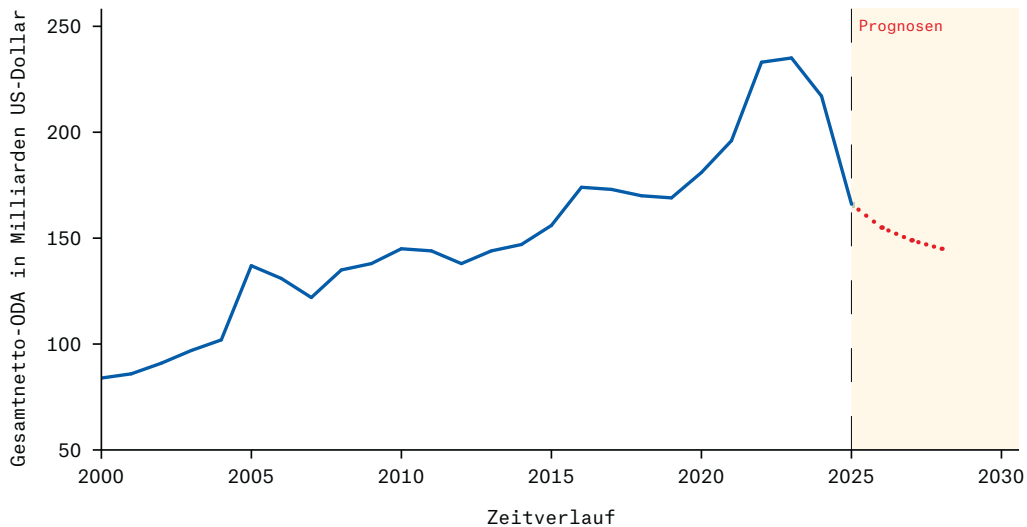
Unterdessen ist die internationale Zusammenarbeit massiven Kürzungen ausgesetzt. Im letzten Jahr sanken die weltweiten Entwicklungsleistungen – die *Official Development Assistance* (ODA)³ – um 23,1 Prozent auf 174,3 Milliarden US-Dollar, nachdem sie 2024 noch 223,9 Milliarden US-Dollar betragen hatten. Damit wurde der stärkste jemals verzeichnete Rückgang öffentlicher Entwicklungsleistungen innerhalb eines Jahres registriert. Besonders betroffen war die humanitäre Hilfe, deren Finanzierung um 35,8 Prozent einbrach. Hauptursache ist der weitgehende Rückzug der USA infolge der Auflösung der *United States Agency for International Development* (USAID, Behörde der Vereinigten Staaten für Internationale Entwicklung). Hinzu kommen Kürzungen europäischer Geberländer, darunter Deutschland. Gemessen am Bruttonationaleinkommen sank die deutsche ODA-Quote von 0,67 Prozent 2024 auf 0,56 Prozent 2025. Von den knapp 26 Milliarden Euro staatlicher Entwicklungsleistungen 2025 wurden etwa 39 Prozent durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) verantwortet. Der verbleibende Anteil entfiel auf andere Ressorts und staatliche Ebenen, darunter die Länder und Kommunen – etwa für die Unterbringung von Geflüchteten –, die Europäische Union, das Auswärtige Amt und das Bundeswirtschaftsministerium.⁴

Wachsende Anforderungen, schrumpfende Mittel

Für 2026 werden erneut sinkende öffentliche Entwicklungsleistungen der OECD-DAC-Geber⁵ erwartet; der diesjährige BMZ-Etat beläuft sich auf rund 10,06 Milliarden Euro und macht damit 1,92 Prozent des gesamten Bundeshaushalts aus. Für 2027 zeichnet sich die fünfte Kürzung in Folge ab. Die Gründe sind bekannt: haushaltspolitischer Konsolidierungsdruck, steigende Ausgaben für Verteidigung und Sicherheit, sinkende Ausgaben für die Versorgung von Geflüchteten in Deutschland und eine schwindende Akzeptanz gegenüber entwicklungspolitischen Investitionen.⁶ Neben den staatlich finanzierten Leistungen der Entwicklungspolitik umfasst die Entwicklungszusammenarbeit die Verwendung nichtstaatlicher Entwicklungsgelder durch kirchliche Werke und zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen.

Das Spannungsverhältnis aus wachsenden Anforderungen und schrumpfenden Mitteln setzt die internationale Zusammenarbeit unter enormen Druck. Zwar liegt die Verantwortung für die Armutsbekämpfung primär bei den betroffenen Staaten selbst. Doch verfügen viele Entwicklungsländer lediglich über begrenzte und oft sogar reduzierte finanzielle Spielräume. Insbesondere die stark wachsende Verschuldung, die unter anderem auf steigende Zinsen zurückzuführen ist, schränkt den

Grafik 1: Die internationale öffentliche Entwicklungsfinanzierung der OECD-DAC-Geberländer (darunter Deutschland) im Zeitverlauf



Gesamtnetto-ODA der DAC-Mitgliedsländer; 2000-2024 (offizielle Daten), 2025 (vorläufige Zahlen), 2026-2028 (Prognosen)

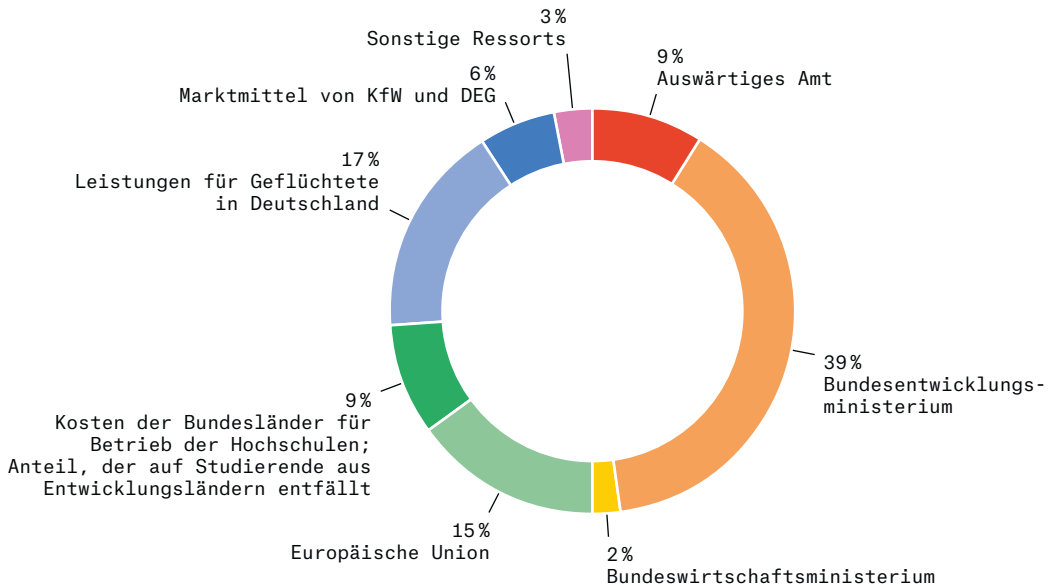
Quelle: www.oecd.org/en/publications/oda-projections-for-2026-and-the-near-term_d7c74fa2-en/full-report.html

finanziellen Handlungsspielraum ein. 2024 gaben 61 Entwicklungsländer mehr als 10 Prozent ihrer Staatseinnahmen für Zinszahlungen aus – rund doppelt so viel wie 2010. Insgesamt hat sich die Auslandsverschuldung von Entwicklungsländern innerhalb von zwei Jahrzehnten vervierfacht und erreichte 2023 einen Rekordwert von 11,4 Billionen US-Dollar. Infolgedessen stehen weniger finanzielle Mittel für stabilitätsfördernde Investitionen, etwa in Bildung, Gesundheit und Sicherheit, zur Verfügung.

Die aktuelle Krise im Nahen Osten und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine bergen zusätzliche Risiken: Steigende Energiepreise treiben die Kosten für Landwirtschaft und Transport in die Höhe. Besonders importabhängige Entwicklungsländer leiden unter höheren Lebensmittelpreisen und einer wachsenden Beeinträchtigung der Ernährungssicherheit. Zwar ist die weltweite Armut in den vergangenen Jahrzehnten deutlich zurückgegangen, doch fragile und von Konflikten geprägte Staaten werden von aktuellen Krisen besonders hart getroffen.

Deutschland und Europa kommen bei der Entwicklungsfinanzierung eine besondere Rolle und Verantwortung zu. Dass Entwicklungsfinanzierung wirksam sein kann, belegen zahlreiche Erfolgsbeispiele.

Grafik 2: Die Mittelherkunft der deutschen öffentlichen Entwicklungsfinanzierung 2025



Berichtsjahr 2025 (vorläufige Werte)

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, www.bmz.de/de/ministerium/zahlen-fakten/oda-zahlen/deutsche-oda-leistungen-19220

So hat sie in den vergangenen Jahrzehnten durch Zuschüsse und Kreditvergaben dazu beigetragen, den Zugang von Millionen Menschen zu Bildung, Gesundheit, sauberem Trinkwasser und zur Stromversorgung zu verbessern. Kaum ein anderes Politikfeld wird zudem einer derart intensiven Evaluierung und Erfolgskontrolle unterzogen wie die Entwicklungszusammenarbeit. Vor allem ist es im deutschen und europäischen Interesse, sich auf internationaler Ebene entwicklungspolitischen Herausforderungen zu stellen.

Sinkende Mittel für die internationale Zusammenarbeit erschweren die Bewältigung globaler Herausforderungen, beispielsweise die Erreichung von Nachhaltigkeits- und Klimazielen. Die jüngsten Hitzewellen in Europa zeigen ebenso wie der Ebola-Ausbruch in der Demokratischen Republik Kongo, dass Klima- und Gesundheitskrisen nicht an nationalen Grenzen haltmachen. Zugleich schaffen Armut, Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Perspektivlosigkeit und schwache staatliche Strukturen einen Nährboden für Terrorismus und gewaltsame Konflikte. Diese wiederum treiben, etwa mit Blick auf Subsahara-Afrika, Fluchtbewegungen an – zunächst in die Nachbarstaaten, die den Großteil der Geflüchteten aufnehmen, aber auch in Richtung Europa, wie sich an

den Fluchtrouten aus der Sahelzone oder des Südsudans erkennen lässt. Hinzu kommt die Gefahr, dass sich Konflikte über Landesgrenzen hinweg ausbreiten und ganze Regionen destabilisieren können. Dies zeigt sich etwa an den Auswirkungen der sich ausbreitenden Gewalt im Sahel auf die wirtschaftlich dynamischen Küstenstaaten Westafrikas. Die Folgen reichen weit über direkt betroffene Regionen hinaus: Eine Ausbreitung terroristischer Strukturen kann ein Risiko für Investitionsprojekte wie etwa die *Global Gateway*-Initiative der Europäischen Union⁷ darstellen, das Engagement deutscher und europäischer Unternehmen erschweren und den Zugang zu wichtigen Anbauprodukten und Rohstoffen für die deutsche Industrie beeinträchtigen. Diese Beispiele zeigen: Wer Sicherheit und Wohlstand in Deutschland und Europa langfristig stärken will, muss auch strategisch in stabile und nachhaltige Entwicklungsstrukturen in den Partnerländern investieren.

Gleichzeitig wird deutlich: So beachtlich die Erfolge einer über viele Jahre gut ausgestatteten Entwicklungszusammenarbeit und humanitären Hilfe sind – dem Trend zu wachsender Fragilität und zunehmenden Konflikten konnte vielerorts nicht nachhaltig genug entgegengewirkt werden. Selbst vor diesem Hintergrund greift ein simplifizierter Ruf nach zusätzlichen Mitteln – so berechtigt dieser ist – zu kurz. Angesichts angespannter öffentlicher Haushalte kommt es umso mehr darauf an, den wachsenden Druck auf die internationale Zusammenarbeit als Impuls für mehr Effizienz und Wirkungsorientierung zu nutzen. Bei den derzeit laufenden Reformprozessen zeichnen sich erste positive Ansätze ab.

⁷ Global Gateway ist eine Infrastruktur- und Investitionsinitiative der Europäischen Union, die von der Europäischen Kommission und dem Hohen Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik am 01.12.2021 vorgestellt wurde. Ziel ist es, zwischen 2021 und 2027 eine Summe von bis zu 300 Milliarden Euro in den Bereichen Digitales, Energie und Verkehr zu investieren sowie Gesundheits-, Bildungs- und Forschungssysteme in Schwellen- und Entwicklungsländern zu stärken [Anm. d. Redaktion].

Reformprozess innerhalb der Vereinten Nationen

Das BMZ zielt darauf ab, die Entwicklungspolitik stärker mit den wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und geopolitischen Interessen Deutschlands zu verknüpfen. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit, Investitionen in Krisenprävention und Konfliktbearbeitung sowie multilaterale Entwicklungsstrukturen sollen gestärkt werden. Zugleich soll die Zusammenarbeit mit den Partnerländern stärker an gemeinsamen Interessen und beiderseitigem Nutzen ausgerichtet werden. Dies ist entscheidend, denn erfolgreiche Entwicklungspartnerschaften entstehen nur dort, wo ein echtes Kooperationsinteresse vorhanden ist und politische Verantwortung in den Partnerländern übernommen wird. Angesichts der Notwendigkeit, Prioritäten zu setzen, erscheint auch die regionale Schwerpunktsetzung, insbesondere auf Subsahara-Afrika, konsequent. Darüber hinaus bieten Ansätze wie mehr Wettbewerb in der technischen Zusammenarbeit und die stärkere Einbindung der lokalen Zivilgesellschaft Potenzial für mehr Effizienz und Wirksamkeit. Auch

8 Ursprüngliches Ziel des Team-Europe-Ansatzes war, die Partnerländer der Europäischen Union bei der Bewältigung der Corona-Krise zu unterstützen. Im Verlauf der Pandemie hat sich Team Europe zu einem übergreifenden Ansatz der gemeinsamen europäischen Außen- und Entwicklungspolitik weiterentwickelt [Anm. d. Redaktion].

auf europäischer Ebene sind wichtige Weichenstellungen erkennbar. Mit der *Global Gateway*-Initiative und dem 2020 von der Europäischen Union ins Leben gerufenen Team-Europe-Ansatz⁸ werden entwicklungspolitische, wirtschaftliche und geopolitische Ansätze stärker gebündelt. Die laufenden Verhandlungen zum nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union (2028–2034) weisen in dieselbe Richtung: Mehr Kohärenz durch die Zusammenführung bislang getrennter Finanzierungsinstrumente und eine stärkere Mobilisierung privaten Kapitals können die Hebelwirkung europäischer Entwicklungspolitik erhöhen.

Auf multilateraler Ebene spielt der anlässlich des 80-jährigen Bestehens der Vereinten Nationen angestoßene Reformprozess (*UN80 Initiative*) eine entscheidende Rolle. Während die Zahl der UN-Organisationen und ihrer Mandate über Jahrzehnte gewachsen ist, sehen sich die Vereinten Nationen zunehmend mit finanziellen Engpässen konfrontiert, die die eigene Handlungsfähigkeit belasten. Der von UN-Generalsekretär António Guterres initiierte Reformprozess soll die Vereinten Nationen deshalb leistungsfähiger und wirkungsorientierter machen. Im Mittelpunkt stehen die Überprüfung der von den UN-Mitgliedstaaten erteilten Mandate, die Verbesserung der institutionellen Kohärenz, der Abbau von Doppelstrukturen und Bürokratie, die Stärkung dezentraler und digitaler Arbeitsweisen sowie eine stärkere Konzentration auf kosteneffizientere Standorte. Der Umzug großer Teile des UN-Entwicklungsprogramms von New York nach Bonn steht exemplarisch für diesen Ansatz. Als einer der wichtigsten Geberstaaten kommt Deutschland eine strategische Verantwortung zu. Es liegt im deutschen und europäischen Interesse, die Vereinten Nationen durch die Strukturreform nicht nur als zentrale Institution der regelbasierten internationalen Ordnung zu erhalten, sondern sie zu verbessern. Schlankere und wirksamere UN-Strukturen können ebenfalls dazu beitragen, das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit multilateraler Zusammenarbeit wieder zu stärken.

Es ist höchste Zeit, entwicklungspolitische Partnerschaften und Institutionen an heutige geopolitische Realitäten anzupassen. Angesichts wachsender globaler Krisen und begrenzter finanzieller Spielräume wird es künftig noch stärker darauf ankommen, bestehende Mittel wirtschaftlich und effizient einzusetzen. Das lohnt sich auch finanziell: Jeder US-Dollar, der in die Prävention von Konflikten investiert wird, spart bis zu 103 US-Dollar an späteren Kosten für Krisenreaktionen. Entscheidend ist nun die konsequente Umsetzung – denn ob echter Reformwille besteht, zeigt sich an den Ergebnissen, nicht an Strategiepapieren.

Internetlinks zu den Quellenangaben sind in der Onlinefassung des Beitrags enthalten, abrufbar unter <https://kas.de/mehr-krisen-weniger-geld> [Anm. d. Redaktion].